



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Sinnvolle Finanzierung von Verkehrs-Infrastruktur

Drucksache 18/2224

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, den bisherigen Plänen der Bundesregierung für eine PKW-Maut im Bundesrat nicht zuzustimmen. Der Schwerlastverkehr trägt überproportional zum Infrastrukturverschleiß bei. Daher ist eine Ausweitung der LKW-Maut hinsichtlich der Fahrzeug- und der Straßenkategorien umzusetzen.

Sollte an den Plänen für eine PKW-Maut seitens der Bundesregierung festgehalten werden, wird die Landesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, dass

- die Maut europarechtskonform ausgestaltet wird und ausländische Verkehrsteilnehmer nicht diskriminiert werden,
- es eine Ausnahmeregelung für die betroffene deutsch/dänische Grenzregion geben muss und
- Schleswig-Holstein an den zusätzlichen Einnahmen aus der PKW-Maut angemessen partizipiert.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung bei der Bundesregierung darauf hinwirkt, im Sinne der „Bodewig-Kommission“ eine Finanzierung der Infrastruktur zu gewährleisten, die dauerhaft, verlässlich, auskömmlich und zukunftsfähig die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sicher stellt. Dabei sind alle Verkehrsträger einzubeziehen. Neben dem Schutz von Klima, Umwelt und Ressourcen müssen Sicherheit, Bezahlbarkeit und Sozialverträglichkeit von Transport und Mobilität erhalten und auch künftig berücksichtigt werden.

Begründung:

Die vom Bundesverkehrsministerium geplante PKW-Maut soll ab 2016 als Infrastrukturabgabe für das gesamte deutsche Straßennetz erhoben werden. Diese Abgabe wird im Wesentlichen von ausländischen Autofahrerinnen und Autofahrern erbracht werden müssen.

In einem freien Europa ist das kontraproduktiv, weil es sowohl den freien Grenzverkehr und die Pendler als auch Wirtschaft, Handel und Tourismus in den Grenzregionen des Landes beeinträchtigt. Die Grenzregionen Schleswig-Holsteins zu unserem Nachbarland Dänemark wären von einer solchen PKW-Maut besonders betroffen. Die Probleme der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung können nur auf Bundesebene gelöst werden. Ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement des Bundes ist notwendig. Dies gilt für eine Ausweitung der Haushaltsmittel und eine Ausweitung der Nutzerfinanzierung. Die Verkehrsinvestitionen müssen überjährig und verkehrsträgerübergreifend eingesetzt werden können.

SPNV und Güterverkehr auf der Schiene müssen so ausgebaut und finanziell hinterlegt werden, dass der SPNV für den Personenverkehr attraktiver und der zu erwartende steigende Güterverkehr den wachsenden Anforderungen gerecht wird.

Kai Vogel
und Fraktion

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion

Flemming Meyer
und die Abgeordneten des SSW